

Macht Migration arm?

August Gächter, 2012-07-13

Die eingewanderte Bevölkerung ist ärmer

Die Bevölkerung in eingewanderten Haushalten

In der auf SILC basierenden Armutsforschung ist als Merkmal, das auf Einwanderung deuten sollte, vor allem die Staatsangehörigkeit genutzt worden (Till 2011:176f; Till-Tentschert u.a. 2012:55ff), obwohl es sehr selektiv ist. Erstens sind erhebliche Teile der eingewanderten Bevölkerung eingebürgert, zweitens sind aufgrund des Staatsbürgerschaftsrechts vor allem jene mit längerer Aufenthaltsdauer und darunter drittens jene mit höherem und/oder permanenterem Einkommen eingebürgert worden, viertens ist die Bevölkerung ohne österreichische Staatsangehörigkeit jünger als die eingebürgerte und die mit österreichischer Staatsangehörigkeit geborene und fünftens ist nicht bei allen Staatsbürgerschaften ein Wechsel in die österreichische gleich attraktiv. Weiters ist rund ein Siebtel der Bevölkerung ohne österreichische Staatsangehörigkeit in Österreich geboren worden, wobei es sich vorwiegend um Kinder handelt. Die Staatsbürgerschaft ist für die Armutsforschung daher ein Kriterium voller Fallen. Es ist besser, von der Staatsangehörigkeit zum Geburtsstaat zu wechseln.

Zudem sollte nicht vergessen werden, dass in einem Haushalt Personen unterschiedlicher Staatsangehörigkeit zusammenleben können. Solche Haushalte werden in einer Berichterstattung, welche die Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit einteilt, auseinander gerissen. Das gilt ebenso bei den Geburtsstaaten und den Bildungsstaaten. Mitglieder eines Haushalts gehören aber zusammen. Sie sitzen, wenn man so will, sozial in einem Boot. Man muss für die Zwecke der Armutsforschung den Einwanderungsbezug daher am Haushalt festmachen, statt an der einzelnen Person. Bei einem Einpersonenhaushalt ist das unproblematisch. Wie aber soll man bei Mehrpersonenhaushalten vorgehen? Dafür gibt es mehrere Optionen. Im vorliegenden Fall wurde zunächst nach der Person mit der Kennzahl 1 im Haushalt vorgegangen. Dabei handelt es sich in aller Regel um eine erwachsene, den Haushalt repräsentierende Person. War die Person mit Kennzahl 2 die Partnerin oder der Partner der Person mit Kennzahl 1, so wurde auch sie berücksichtigt. War mindestens eine der beiden Personen in Österreich oder einem anderen EU15/EFTA Staat geboren worden, so erhielt der gesamte Haushalt die Markierung EU15/EFTA, anderenfalls nicht

EU15/EFTA. In Ermangelung einer besseren Idee werde ich letztere durchgängig als „eingewanderte Haushalte“ bezeichnen, erstere als „nicht eingewanderte Haushalte“.

Befunde aus SILC 2004 bis 2010

Der Anteil der Personen, die in Haushalten leben, deren äquivalisiertes Nettoeinkommen weniger als 60% des Median (Armutgefährdungsschwelle) beträgt, lag bei jenen, die in nicht eingewanderten Haushalten leben, in SILC 2010 bei 9,1%. Seit SILC 2004 war der Anteil dem Trend nach um gut einen Viertelperzentpunkt pro Jahr, insgesamt um fast zwei Prozentpunkte gefallen. Ganz anders bei jenen Personen, die in eingewanderten Haushalten leben. Hier lag der Anteil in SILC 2010 bei 30,7%. Dem Trend nach war seit SILC 2004 eine jährliche Steigerung um fast acht Zehntelprozentpunkte zu beobachten gewesen, in Summe um mehr als fünf Prozentpunkte. Einen deutlichen Unterschied gibt es dabei zwischen früher und später eingewanderten Haushalten. Haushalte, die bereits vor 1996 zugezogen waren, wiesen in SILC 2009 und 2010 nur rund 22% Armutsgefährdete auf, solche, die seit 1996 zugezogen sind, aber rund 34%. Damit in Zusammenhang steht die deutliche Differenzierung zwischen Haushalten, die aus Ost- und Südosteuropa zugezogen waren und solchen aus der übrigen Welt. Von den Personen in den ersteren lebten im Durchschnitt von SILC 2004 bis SILC 2010 rund 19%, von jenen in letzteren rund 37% in Haushalten mit weniger als 60% des äquivalisierten Medianeinkommens. Bei den ersteren war der Anteil von SILC 2004 bis SILC 2010 dem Trend nach zurückgegangen, nämlich um 0,37 Prozentpunkte pro Jahr, während er bei den letzteren stark gestiegen war, und zwar um 1,68 Prozentpunkte pro Jahr. Die Armutsgefährdung ist unter der Bevölkerung, die in Haushalten lebt, die aus Ost- und Südosteuropa zugezogen sind, somit rund doppelt so hoch wie bei nicht migrierten Haushalten, und bei der Bevölkerung in sonstigen Haushalten ist sie nochmals ungefähr doppelt so hoch.

Symptome der relativen Armut

In SILC wird nach dem Vorhandensein, der Leistbarkeit und der Erwünschtheit einer breiten Palette von Konsumgütern gefragt. Wenn Befragte angeben, etwas sei im Haushalt nicht erwünscht, so kann das auch eine Reaktion wie bei La Fontaines hungrigem Fuchs sein, der die zu hoch hängenden Trauben für sauer erklärte. Daher werde ich unten die „nicht erwünscht“ Antworten zwar nicht als Deprivation zählen, aber doch berichten.

	Anteil an der Bevölkerung, die in Haushalten lebt, die von außerhalb der EU15/EFTA Staaten zugezogen sind	Anteil an der Bevölkerung, die in Haushalten lebt, die nicht von außerhalb der EU15/EFTA Staaten zugezogen sind
Auskommen mit dem Nettohaushaltseinkommen nur mit mehr oder minder großen Schwierigkeiten	60%	36%
nicht das Haus oder die Wohnung betreffende Rückzahlungsverpflichtungen	25%	15%
schwere Belastung durch Rückzahlungsverpflichtungen	9%	3%
schwere oder zumindest gewisse Belastung durch Rückzahlungsverpflichtungen	22%	12%
zumindest einmal in den letzten 12 Monaten in Zahlungsrückstand bei Rückzahlungsverpflichtungen, die nicht Haus oder Wohnung betreffen	16%	8%
zumindest einmal in den letzten 12 Monaten in Zahlungsrückstand bei sonstigen Rechnungen	10%	3%
Festnetztelefon aus finanziellen Gründen nicht vorhanden	14%	4%
Festnetztelefon nicht erwünscht	38%	24%
Mobiltelefon aus finanziellen Gründen nicht vorhanden	2%	1%
Mobiltelefon nicht erwünscht	5%	8%
Farbfernseher aus finanziellen Gründen nicht vorhanden	1%	0%
Farbfernseher nicht erwünscht	3%	2%
Computer aus finanziellen Gründen nicht vorhanden	13%	4%
Computer nicht erwünscht	22%	24%
Internetanschluss aus finanziellen Gründen nicht vorhanden	19%	6%
Internetanschluss nicht erwünscht	30%	32%
DVD-Player aus finanziellen Gründen nicht vorhanden	11%	4%
DVD-Player nicht erwünscht	26%	29%
Waschmaschine aus finanziellen Gründen nicht vorhanden	1%	0%
Waschmaschine nicht erwünscht	3%	1%
Geschirrspüler aus finanziellen Gründen nicht vorhanden	15%	4%
Geschirrspüler nicht erwünscht	27%	17%
PKW aus finanziellen Gründen nicht vorhanden	14%	4%
PKW nicht erwünscht	14%	9%
jährlicher Urlaub aller Haushaltsmitglieder nicht leistbar	41%	22%
nicht jeden 2. Tag ein Hauptgericht leistbar	15%	9%
neue Kleidung nicht leistbar	16%	6%
ausreichende Beheizung der Wohnung nicht leistbar	7%	3%
monatliche Bewirtung von Gästen nicht leistbar	18%	10%
Ausgabe von €900 aus eigenen Mitteln nicht leistbar	52%	21%

In der Tabelle sind 20 Deprivationen aufgelistet. Besonders deutliche Unterschiede zwischen der Bevölkerung in eingewanderten und in nicht eingewanderten Haushalten bestehen beim Auskommen mit dem Haushaltseinkommen und bei der Leistbarkeit einer Ausgabe von €900. 60% der einen, aber nur 36% der anderen leben in Haushalten, die nur mit Schwierigkeiten mit dem Einkommen auskommen, und 52% der einen gegenüber 21% der anderen leben in Haushalten, die mit einer Ausgabe von €900 überfordert wären. Beides resultiert in Verschuldung (Angel u.a. 2009; Haller u.a. 2003). Als drittes gibt es bei der Unleistbarkeit eines jährlichen Urlaubs für alle Haushaltsmitglieder große Unterschiede, nämlich 41% im Vergleich zu 22%.

Größere Unterschiede bei der Unerwünschtheit zeigen sich beim Festnetztelefon (38% zu 24%) und beim Geschirrspüler (27% zu 17%).

51% der Bevölkerung in eingewanderten Haushalten, aber nur 30% der Bevölkerung in nicht eingewanderten Haushalten erleiden mindestens fünf dieser zwanzig Deprivationen gleichzeitig.

9% der Bevölkerung in eingewanderten Haushalten, aber nur 2% der Bevölkerung in nicht eingewanderten Haushalten erleiden mindestens vier der neun Unleistbarkeiten gleichzeitig.

Warum ist die eingewanderte Bevölkerung ärmer?

Vor allem geringere Einkommen, dazu auch größere Haushalte

Die Äquivalisierung des Haushaltseinkommens geschieht, indem das Haushaltseinkommen durch die Größe des Haushalts dividiert wird. Die Größe wird dabei nach EU und OECD Konvention nicht einfach in Köpfen berechnet, sondern eine erste Person ab 14 Jahren wird voll gezählt, jede weitere aber nur mit 0,5 und jede Person unter 14 Jahren nur mit 0,3. Das äquivalisierte Haushaltseinkommen ist größer, wenn das Haushaltseinkommen selbst größer ist, aber auch wenn die Zahl der Erwachsenenäquivalente geringer ist. Ein größerer und älterer Haushalt führt bei gleichem Haushaltseinkommen zu einem geringeren äquivalisierten Haushaltseinkommen als ein kleinerer und jüngerer. Die Großeltern im Haushalt wiegen schwerer als die Kinder. Es stellt sich die Frage, ob die Unterschiede beim äquivalisierten Haushaltseinkommen mehr auf unterschiedlichen Haushaltseinkommen oder mehr auf unterschiedlichen Haushaltsgrößen und Haushaltsstrukturen beruhen.

Zur Beantwortung dieser und aller weiteren Fragen ist es nötig, von den mittleren zu den durchschnittlichen Nettohaushaltseinkommen zu wechseln. Die durchschnittlichen äquivalisierten Nettohaushaltseinkommen der in eingewanderten Haushalten lebenden Bevölkerung waren 2003 um 17% und 2009 um 27% niedriger als jene der in nicht eingewanderten Haushalten lebenden Bevölkerung. Die Lücke wuchs also erheblich.

Sie beruht, wie sich zeigt, vor allem auf niedrigeren Einkommen und nur zum kleineren Teil, nämlich grob zu ungefähr einem Drittel, auf größeren Haushalten:

- Die durchschnittlichen nicht äquivalisierten Nettohaushaltseinkommen waren 2003 in eingewanderten Haushalten um 15% und 2009 um 22% niedriger als in nicht eingewanderten Haushalten.
- Die durchschnittliche Zahl der Erwachsenenäquivalente war in eingewanderten Haushalten 2003 dagegen nur um 5% und 2009 nur um 10%, in den anderen Jahren zwischen 4% und 13% größer als in nicht eingewanderten. Die Vergrößerung des Unterschieds beruht auf einer zunehmenden Zahl an Erwachsenenäquivalenten in eingewanderten Haushalten, nämlich von durchschnittlich etwa 1,9 auf etwa 2,1, während sie in nicht eingewanderten Haushalten bei rund 1,9 praktisch unverändert geblieben ist.

Es gibt in den eingewanderten Haushalten mehr Kinder, mehr Jugendliche und mehr Erwachsene pro Haushalt als in den nicht eingewanderten Haushalten. Nur Haushaltsmitglieder im Pensionsalter gibt es weniger, und zwar deutlich weniger. Die Vergrößerung des Unterschieds ereignete sich 2003 bis 2009 bei den Kindern unter 14 Jahren sowie bei der Altersgruppe 25 bis 64. Im Detail:

- In nicht eingewanderten Haushalten ging die durchschnittliche auf Kinder unter 14 Jahren entfallende Zahl an Erwachsenenäquivalenten zwischen 2003 und 2009 von 0,17 bis 0,18 auf 0,15 zurück, in eingewanderten Haushalten stieg sie von 0,24 auf 0,31. Das sind beides keine großen Zahlen, wenn man bedenkt, dass ein Kind 0,3 Erwachsenenäquivalenten entspricht, aber die Gegenläufigkeit der Entwicklung ist bemerkenswert ebenso wie die Tatsache, dass der Wert von 2009 in eingewanderten Haushalten doppelt so groß ist wie in nicht eingewanderten.
- Die auf Jugendliche zwischen 14 und 24 Jahren entfallenden Erwachsenenäquivalente beliefen sich bei nicht eingewanderten Haushalten fast die ganze Zeit auf etwa 0,26. In eingewanderten Haushalten lagen die Werte 2005 bis 2007 bei etwa 0,37 und sind seitdem auf 0,32 gesunken, was in etwa dem Wert von 2004 entspricht.
- Die auf 25 bis 64 Jährige entfallenden Erwachsenenäquivalente in nicht eingewanderten Haushalten gingen von 1,26 auf 1,21 zurück, während sie in eingewanderten Haushalten bei etwa 1,33 stabil blieben.
- Die Altersgruppe ab 65 Jahren bestritt in nicht eingewanderten Haushalten 2003 0,23 und 2009 0,26 Erwachsenenäquivalente, in eingewanderten Haushalten aber die ganze Zeit nur rund 0,1.

Senkte man bei den eingewanderten Haushalten die Haushaltsgröße in etwa auf das Niveau der in den EU15/EFTA Staaten geborenen Bevölkerung, dann müsste man das Nettohaushaltseinkommen 2003 um 11% steigern, um beim äquivalisierten Nettohaushaltseinkommen auf Gleich zu kommen, dasjenige von 2009 aber bereits um rund 28%. Die Vergrößerung der Einkommenslücke verlief sehr gleichmäßig. Die Haushaltsgröße und Haushaltsstruktur spielen somit nicht nur die kleinere Rolle beim Entstehen des Unterschieds der äquivalisierten Haushaltseinkommen, sondern zudem eine abnehmende. Der Einkommensunterschied spielt dagegen eine stark zunehmende Rolle.

Evident wird, dass der Niveauunterschied zwar bemerkenswert ist, viel bemerkenswerter aber noch sein Anwachsen. Beide Komponenten des äquivalisierten Haushaltseinkommens, sowohl das Einkommen als auch die Zahl der Erwachsenenäquivalente, haben sich auseinander entwickelt.

Gleiche Beteiligung am Arbeitsmarkt

Die Frage ist nun, warum das nicht äquivalisierte Haushaltseinkommen geringer ist. Liegt es an einer geringeren Anzahl an Berufstätigen, an häufigeren oder längeren Phasen der Erwerbslosigkeit während des Jahres oder an weniger Arbeitsstunden pro Woche? Oder liegt es an niedrigeren Stundenlöhnen? Über die Stundenlöhne wissen wir leider nichts. Wir können ihre Unterschiedlichkeit nur indirekt erschließen.

In SILC wird erhoben, was die Befragten ab 16 Jahren rückblickend in jedem Kalendermonat des Vorjahres als ihre Haupttätigkeit ansehen. Zur Auswahl stehen selbständige oder unselbständige Vollzeitarbeit einschließlich Lehre, selbständige oder unselbständige Teilzeitbeschäftigung, Arbeitslosigkeit, Pension, Schule und Studium, Präsenz- und Zivildienst, Hausarbeit und Betreuung, nicht erwerbsfähig wegen gesundheitlicher Beeinträchtigung oder körperlicher Gebrechen, aus anderen Gründen nicht erwerbstätig. Die monatliche Angabe ergibt zwar kein ganz scharfes Bild der Zeitaufteilung in den Haushalten, aber lässt doch in Umrissen erkennen, wie viele der Monate die Haushaltsmitglieder im Jahresverlauf für einkommensgenerierende Tätigkeiten verwendeten bzw. verwenden konnten.

In Summe betrug der gesamte mit Erwerbseinkommen oder Versicherungsleistungen verbundene Teil der jährlichen Bewohnermonate der Haushaltsmitglieder in nicht eingewanderten Haushalten etwa 61%, in eingewanderten Haushalten aber nur etwa 53%. Beides war zwischen 2003 und 2009 nur wenig veränderlich. Davon bestritten die einzelnen Bestandteile – Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Pension – bei eingewanderten und nicht eingewanderten Haushalten aber unterschiedlich viel. Zudem weisen die Bestandteile im Lauf der Jahre auch eine gewisse Veränderlich-

keit auf. In Summe haben die Mitglieder eingewanderter Haushalte bei gleicher Erwerbsneigung geringere Beschäftigungschancen und höhere Arbeitslosigkeitsrisiken. Sie sind auch seltener bereits in Pension.

Wenig Unterschied und relativ wenig Veränderung zeigt sich zunächst bei der aktiven Beteiligung am Arbeitsmarkt in Form von Beschäftigung oder Arbeitslosigkeit. In nicht eingewanderten Haushalten waren die Bewohner/innen von 2003 bis 2009 zwischen 23,4% und 25,1% der Zeit beschäftigt oder arbeitslos mit leicht steigender Tendenz von +0,17 Prozentpunkten pro Jahr, in eingewanderten Haushalten fast genau gleich häufig, nämlich zwischen 22,5% und 26,1%, aber mit leicht fallender Tendenz von -0,09 Prozentpunkten pro Jahr. Das Niveau ist also gleich, die Tendenz aber ungünstiger.

In früher eingewanderten Haushalten betrug 2008 und 2009 der Anteil der in Beschäftigung oder Arbeitslosigkeit verbrachten Monate rund 23%, in nach 1995 zugezogenen Haushalten aber rund 30%. Die später zugezogenen Haushalte sind demnach stärker ins Erwerbsleben integriert als die früher zugezogenen. Aufgewogen wird der Unterschied durch in Pension verbrachte Monate. Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Pension zusammen machten bei früher eingewanderten Haushalten 33,6%, bei später eingewanderten nur 32,1% aus.

Nicht entscheidend weniger Beschäftigung

Die durchschnittlich geringeren Haushaltseinkommen in den eingewanderten Haushalten rühren daher eindeutig nicht von einer geringeren Zahl an Personen mit Erwerbsneigung her. Als nächste Erklärungsmöglichkeit kommt in Betracht, dass trotz der größeren Zahl an Berufstätigen eine kleinere Zahl an tatsächlich Beschäftigten (selbständig oder unselbständig) vorhanden ist. Erwerbseinkommen sind zwar nicht die einzige Einkommensquelle, aber höher und deutlich ungleicher als Pensionen, andere Versicherungsleistungen und Sozialleistungen.

Während der Anteil der Beschäftigung in nicht eingewanderten Haushalten bei rund 22,5% stabil blieb, fiel er in eingewanderten Haushalten von 22,7% im Jahr 2003 auf 20,4% im Jahr 2005 und hat sich seitdem kaum geändert. Besonders deutlich zurückgegangen ist bei den Bewohner/innen eingewanderter Haushalte der in Vollzeit verbrachte Anteil an den Monaten (-0,55 Prozentpunkte pro Jahr), nämlich von etwa 20% auf nur mehr 16% bis 17%, während er sich in nicht eingewanderten Haushalten nur von etwa 19% auf etwa 18% verringerte. Der Anteil der in Teilzeit verbrachten Monate nahm bei beiden Arten von Haushalten leicht zu. Sie machen in den nicht eingewanderten Haushalten in etwa 4% der Monate die Haupttätigkeit aus, in den eingewanderten in etwa 3%. Die seit 2005 insgesamt geringere Beschäftigung in eingewanderten Haushalten wird somit zum Teil durch einen kleineren Teilzeitanteil kompensiert. Es verbleibt ein Nachteil bei der

Beschäftigung, aber er ist bei weitem nicht ausreichend, um die Einkommenslücke und ihr Anwachsen zu erklären.

Der Unterschied in der Beschäftigung wird ausgeglichen durch einen gegenläufigen bei der Arbeitslosigkeit. Der in Arbeitslosigkeit verbrachte Teil der Zeit stieg in den eingewanderten Haushalten von etwa 3% in den Jahren 2003 und 2004 auf 4% bis 5% in den Folgejahren mit deutlich steigender Tendenz von +0,26 Prozentpunkten pro Jahr. In nicht eingewanderten Haushalten stieg der Anteil der in Arbeitslosigkeit verbrachten Monate nur von etwa 1,9% auf etwa 2,5%. Mit einer Trendsteigerung von 0,14 Prozentpunkten pro Jahr war das Anwachsen nur gut halb so schnell wie in eingewanderten Haushalten. Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung machen den Entfall des Erwerbseinkommens zum Teil wett. Zu vermuten ist aber, dass Arbeitslose in eingewanderten Haushalten weniger oft Anspruch auf Arbeitslosengeld erreicht hatten wie Arbeitslose in nicht eingewanderten Haushalten. Auch das aber leistet nur einen sehr geringen Beitrag zur Erklärung der Einkommenslücke.

Früher eingewanderte Haushalte wiesen 2008 und 2009 16% Monate in Vollzeit, 3% in Teilzeit und 4% in Arbeitslosigkeit auf. Später eingewanderte Haushalte wiesen höhere Werte auf, nämlich mehr als 19%, mehr als 5% und mehr als 5%. In Summe ergibt das die bereits erwähnten 23% bzw. 30%.

Der in Pension verbrachte Teil der Haushaltszeit ging in eingewanderten Haushalten der Tendenz nach leicht zurück (-0,09 Prozentpunkte pro Jahr), während er in nicht eingewanderten Haushalten zunahm (+0,28 Prozentpunkte pro Jahr). In nicht eingewanderten Haushalten entfielen zuletzt etwa 15% der Monate auf Pension, bei eingewanderten nur um die 8%.

Gleich viele Wochenstunden der Beschäftigten

Die Beschäftigungsmonate weisen nur die Unterscheidung Teilzeit/Vollzeit auf und lassen genaueres nicht erkennen. In SILC wird aber auch die wöchentliche Arbeitszeit erhoben, allerdings jene zum Befragungszeitpunkt und nicht jene im Vorjahr, als das letzte Jahreseinkommen verdient wurde. Dabei stellt sich heraus, dass die durchschnittliche Zahl an Wochenstunden pro Beschäftigten im Haushalt in eingewanderten ebenso wie in nicht eingewanderten Haushalten ungefähr 41 Stunden betrug und zwischen 2004 und 2010 leicht rückgängig war. Auch die wöchentliche Arbeitszeit ist daher nicht der Schlüssel zur Erklärung der Einkommensunterschiede.

In den Jahren 2009 und 2010 betrug die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von Beschäftigten in nicht eingewanderten Haushalten 41,0 Stunden, in vor 1996 eingewanderten Haushalten 40,5 Stunden und in ab 1996 eingewanderten Haushalten 39,3 Stunden.

Niedrigere individuelle Löhne

Damit verbleiben nun eigentlich nur mehr niedrigere Stundenlöhne als die einzige mögliche Erklärung. In der Tat stellt sich in einer Regressionsanalyse heraus, dass Beschäftigte aus eingewanderten Haushalten bei gleicher Bildung, gleichen Qualifikationserfordernissen des Berufs, gleichem Alter, gleicher Betriebsgröße, gleicher Wochenarbeitszeit, gleichem Geschlecht, gleichem Bundesland, gleichem Urbanitätsgrad und gleichem Jahr weniger verdienen als Beschäftigte aus nicht eingewanderten Haushalten, und zwar, wenn der Haushalt vor 1996 eingewandert ist, um etwa 16% und, wenn er ab 1996 eingewandert ist, um etwa 22% weniger. Von allen hier in Betracht gezogenen Einflüssen auf die Stundenlöhne ist der Einwanderungsstatus des Haushalts der bedeutsamste, gefolgt von den Qualifikationserfordernissen des Berufs, dem Alter, der Betriebsgröße und der Bildung. Einige der Hintergründe zu diesem Befund wurden an anderer Stelle referiert und müssen hier nicht wiederholt werden (Gächter 2012a, 2012b).

Schlussfolgerungen

Die Daten

Die Beschreibung in diesem Beitrag beruhte auf der Unterscheidung von eingewanderten und nicht eingewanderten Haushalten. Einwanderung wurde dabei, wie das international üblich ist, an einem im Ausland liegenden Geburtsort festgemacht. Um einiges informativer wäre es, vom Geburtsstaat zum Bildungsstaat wechseln zu können. Diese Information liegt indirekt zwar vor, aber erst seit SILC 2009, und wird von Statistik Austria und Eurostat leider nur in unglücklich vergrößerter Form weitergegeben. Auf den Bildungsstaat kann anhand des Geburtsstaates, des Jahres, in dem der höchste Abschluss gemacht wurde, und des Jahres, in dem der Aufenthalt in Österreich begann, geschlossen werden. Der Aufenthaltsbeginn wird jedoch an die forschende Öffentlichkeit nur in Fünf- bis Zehnjahreskategorien weitergegeben, sodass erhebliche Unschärfen entstehen. Wünschenswert wäre eine einfache ja/nein Variable: frühestens im selben Jahr zugezogen wie der höchste Schul- oder Ausbildungsabschluss gemacht wurde oder vor diesem Jahr zugezogen.

Wachsende Divergenzen

Auffällig ist, dass trotz der bekanntermaßen großen Unterschiede in den äquivalisierten Haushaltseinkommen, die mit Einwanderung verbunden sind, die Analyse bisher zum einen stets auf das wenig aussagekräftige Merkmal Staatsbürgerschaft beschränkt blieb, und dass zum anderen keine tiefergehende Analyse vorgenommen wurde. Die Berichterstattung hat die Staatsbürgerschaft stets als Merkmal unter anderen behandelt, obwohl wenig andere Merkmale mit dermaßen

großen Diskrepanzen beim Lebensstandard verbunden sind. Dasselbe gilt im Übrigen auch für die Zufriedenheitswerte, die in SILC regelmäßig abgefragt werden.

Es gibt zwei sich aus der Untersuchung ergebende zentrale Botschaften. Die eine ist, dass nicht die Kinderzahl und nicht die Erwerbsbeteiligung in irgendeiner Form die wesentlichen Unterschiede zwischen der Bevölkerung in eingewanderten und in nicht eingewanderten Haushalten im Lebensstandard ausmachen, sondern dass die entscheidende Diskrepanz bei den Arbeitseinkommen bei gleicher Arbeitszeit und unter auch sonst gleichen Umständen liegt. Die andere sind die wachsenden Divergenzen während des vergangenen Jahrzehnts. Diese gehen zu gewissem Teil darauf zurück, dass laufend Haushalte neu aus dem Ausland dazukommen, aber dies ist wiederum nicht der entscheidende Einfluss.

Literaturangaben

Ali-Pahlavani, Zohreh / Mittendorfer, Cornelia (Hg) (2012) Gleichbehandlung. Anspruch und Wirklichkeit am Beispiel ethnischer Diskriminierung. Tagungsband; AK Wien
<http://wien.arbeiterkammer.at/online/page.php?P=68&IP=66877&AD=0&REFP=9122>, 2012-04-16.

Angel, Stefan / Einböck, Marina / Heitzmann, Karin / Till-Tentschert, Ursula (2009) Verschuldung, Überschuldung und finanzielle Ausgrenzung österreichischer Privathaushalte; Statistische Nachrichten 64/12:1104-1116
http://www.statistik.gv.at/web_de/frageboegen/private_haushalte/eu_silc/index.html, 2012-07-10.

BMWFJ (Hg) (2011) Sechster Bericht zur Lage der Jugend in Österreich; BMWFJ
http://bmwa.cms.apa.at/cms/content/attachments/1/9/7/CH0618/CMS1315399105832/sechster_jugendbericht_teil_a_b.pdf, 2012-06-14.

Gächter, August (2012a) Diskriminierung am Arbeitsmarkt; in: Ali-Pahlavani/Mittendorfer (Hg) 2012:17-39.

Gächter, August (2012b) Armut durch Benachteiligung; Arbeitspapiere Migration und soziale Mobilität 25 https://www.zsi.at/attach/p25_12_caritas.pdf, 2012-11-15.

Haller, Birgitt / Stögner, Karin / Salmhofer, Andreas (2003) Verschuldung von MigrantInnen in Wien. Ursachen, Ausmaße und Folgen. Forschungsprojekt im Auftrag des Wiener Integrationsfonds, der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Magistratsabteilung 57
www.wien.gv.at/meu/fdb/pdf/Verschuldung-Migranten-WIF.rtf, 2012-01-17.

Till, Matthias (2011) Einkommen, Armut und Lebensbedingungen von Jugendlichen in Österreich; in: BMWFJ (Hg) 2011:167-182.

Till-Tentschert, Ursula / Till, Matthias / Glaser, Thomas / Heuberger, Richard / Kafka, Elisabeth / Lamei, Nadja / Skina-Tabue, Magdalena (2012) Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010; Sozialpolitische Studienreihe, Band 8; BMASK
http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/armut_und_soziale_eingliederung/index.html, 2012-07-12.

Beitrag zur Neuauflage des „Handbuch Armut in Österreich“, herausgegeben von Nikolaus Dimmel, Martin Schenk und Christine Stelzer-Orthofer.